



VERFAHRENSBESCHLEUNIGUNG UND PLANBARKEIT IN VORARLBERG

TRANSPARENTE, PLANBARE UND MODERNE
BAU- UND GEWERBEVERFAHREN
FÜR EINEN STARKEN WIRTSCHAFTSSTANDORT



GENEHMIGT

VERFAHRENSBESCHLEUNIGUNG UND PLANBARKEIT IN VORARLBERG

Transparente, planbare und moderne Bau- und Gewerbeverfahren für einen starken Wirtschaftsstandort

Ausgangslage

Vorarlberg ist ein starker Industriestandort. Investitionen entstehen dort, wo Unternehmen rasch entscheiden und Projekte verlässlich umsetzen können.

Gerade deshalb werden Genehmigungsverfahren, speziell Bau- und Gewerbeverfahren, zunehmend zu einem entscheidenden Standortfaktor.

Viele Unternehmen berichten heute von:

- langen Wartezeiten bis zur ersten Verhandlung
- fehlender Rückmeldung nach Einreichung
- unklaren Zuständigkeiten
- Verzögerungen durch personelle Engpässe
- fehlender Transparenz über den Verfahrensstand

Teilweise vergeht bereits ein Vierteljahr, bevor ein Verfahren sichtbar ins Laufen kommt.

Für Unternehmen ist zudem die **Time-to-Market** ein entscheidender Wettbewerbsfaktor. Genehmigungs- und Errichtungszeiten von über zwölf Monaten können dazu führen, dass Projekte nicht realisiert werden.

In regionalen und globalen Projekten entscheiden oft Wochen – nicht Monate.

Für Unternehmen bedeutet das:

- erschwerte Investitionsplanung
- höhere Kosten
- Unsicherheit bei Bau- und Produktionsabläufen

Zudem zeigen die Erfahrungen, dass Verfahren innerhalb Vorarlbergs unterschiedlich abgewickelt werden. Ziel muss eine landesweit einheitliche Qualität und Verlässlichkeit sein.

Planbarkeit ist deshalb keine Nebenfrage – sondern ein zentraler Wettbewerbsfaktor.



Worum es geht

Der **bestehende Rechtsrahmen** bietet bereits heute zahlreiche Möglichkeiten zur Beschleunigung von Verfahren.

Der **zentrale Hebel** liegt daher weniger in neuen Gesetzen, sondern in einer konsequenten Anwendung bestehender Spielräume und einem konsequenten Prozessverständnis in der Verfahrensabwicklung sowie einer klaren Dienstleistungsorientierung der Behörden.

Es geht um: **klare Abläufe, nachvollziehbare Meilensteine und moderne Verfahrensorganisation.**

Denn: **Wer investiert, braucht nicht nur einen Bescheid – sondern einen verlässlichen Weg dorthin.**

Andere Regionen zeigen, dass es geht

Erfolgreiche Modelle in anderen Regionen zeigen, dass Planbarkeit organisierbar ist:

Stuttgart / Baden-Württemberg: Digitale Bauverfahren arbeiten dort mit:

- formeller Vollständigkeitsprüfung
- klarer Terminlogik
- definierten Verfahrensmeilensteinen

Niederösterreich: Verfahrensdauern werden systematisch gemessen und standardisiert ausgewertet.

Steiermark: Deregulierungsprozesse setzen auf organisatorische Vereinfachung, Zuständigkeitsklarheit und Beschleunigung zwischen Fachstellen.

Diese Beispiele zeigen: Nicht das materielle Recht ist meist das Problem – sondern fehlende Prozesssteuerung.

Planbarkeit ist Standortpolitik.

Planbarkeit ist kein Sonderwunsch der Wirtschaft. Planbarkeit ist Standortpolitik.

Moderne Verfahren brauchen:

- klare Meilensteine
- klare Verantwortung
- klare Transparenz

Nicht weniger Recht. Sondern bessere Verfahrensarchitektur und Dienstleistungsorientierung.



UNSERE REFORMAGENDA FÜR VORARLBERG

1. Vor dem Verfahren ansetzen

Frühzeitige Verfahrensklärung (Early Screening)

Heute entstehen Verzögerungen oft bereits vor der eigentlichen Einreichung, weil Anforderungen unklar sind oder Unterlagen mehrfach nachgebessert werden müssen.

Daher braucht es: **strukturierte Koordinierungsgespräche vor der Einreichung.**

Ziel ist es, frühzeitig Klarheit über Anforderungen, notwendige Unterlagen und mögliche Konfliktpunkte zu schaffen.

Beteiligte:

- Behörde
- betroffene Fachstellen
- Verfahrensleitung
- Antragssteller

Beschleunigung beginnt nicht erst im Verfahren, sondern davor.

Öffentliche Projekte effizienter organisieren

Öffentliche Bauprojekte verlieren oft Zeit durch komplexe Vergabestrukturen und viele Schnittstellen.

Daher soll geprüft werden: **Totalunternehmerwettbewerbe als integriertes Modell einzusetzen.**

Dabei werden Planung, Architektur und Ausführung in einem Verfahren zusammengeführt.

Internationale Beispiele zeigen:

- deutlich effizientere Abwicklung
- frühzeitige Kostensicherheit
- Einsparungspotenziale von bis zu 20 %
- geringere Folgekosten durch klare Gewährleistungsstrukturen

Architekturwettbewerbe sollen dort eingesetzt werden, wo sie echten Mehrwert schaffen – nicht als Standardinstrument.

Raumplanung vorausschauend gestalten

Nutzungskonflikte entstehen häufig erst im Verfahren und führen zu Verzögerungen.

Eine stärker abgestimmte und überörtliche Raumplanung kann solche Konflikte frühzeitig vermeiden und Verfahren deutlich vereinfachen.



2. Klarheit ab Einreichung schaffen

Verbindliche Vollständigkeitsfeststellung binnen 10 Werktagen

Heute zeigt sich häufig, dass Anträge erst verspätet geprüft werden und Nachforderungen gestellt werden. Zudem vergeht durch fehlende Koordination im Vorfeld wertvolle Zeit, bevor ein Verfahren überhaupt sichtbar beginnt.

Daher gilt: **Binnen zehn Werktagen muss klar sein, ob ein Antrag vollständig ist und wie das Verfahren weiterläuft.**

Mit dieser Feststellung beginnt der offizielle Verfahrenslauf.

Verfahrenssteuerung über klare Meilensteine

Nach bestätigter Vollständigkeit fehlt heute oft ein klarer Ablauf, wann welche Schritte erfolgen. Das führt zu Unsicherheit und erschwert Planung. Nach bestätigter Vollständigkeit soll jedes Verfahren entlang definierter Meilensteine gesteuert werden:

- **Milestone 1**
 - Terminankündigung für die Verhandlung grundsätzlich binnen 6 Wochen
- **Milestone 2**
 - Durchführung der Verhandlung innerhalb eines klaren Zeitrahmens - grundsätzlich binnen 8 Wochen
- **Milestone 3**
 - Bescheiderlass grundsätzlich binnen 4 Wochen nach Entscheidungsreife

Abweichungen sind nachvollziehbar zu begründen.

Nicht starre Fristen, sondern verlässliche Zeitkorridore schaffen Planbarkeit.

Verfahrensdauer real und transparent messen

Heute wird die Verfahrensdauer teilweise erst ab dem Zeitpunkt gemessen, ab dem Unterlagen als vollständig gelten.

Das führt dazu, dass Verfahren statistisch schnell erscheinen, obwohl real bereits Monate vergangen sind.

Daher gilt: **Die Verfahrensdauer muss bereits ab dem ersten Behördenkontakt gemessen werden.**

Nur so entsteht ein realistisches Bild der tatsächlichen Dauer.



3. Verfahren aktiv steuern

Verantwortliche Verfahrensleitung je Projekt

Unternehmen erleben heute häufig wechselnde Ansprechpartner und unklare Zuständigkeiten im Verfahren. Das erschwert Abstimmungen und führt zu Verzögerungen.

Daher gilt: **Jedes größere Verfahren braucht eine klar definierte verantwortliche Ansprechperson (Case Manager), die das Verfahren gesamthaft steuert.**

Diese koordiniert:

- Fachabteilungen
- Sachverständige
- Fristen
- Kommunikation

Ein Verfahren darf nicht zwischen mehreren Stellen hängen bleiben.

Parallelisierung statt sequenzieller Abläufe

Verfahren sind heute häufig dadurch verzögert, dass einzelne Fachbereiche nacheinander eingebunden werden. So wartet etwa das Wasserrecht auf das Gewerbeverfahren oder der Naturschutz auf das Vorliegen von Gutachten.

Diese serielle Verfahrenslogik führt zu unnötigen Zeitverlusten.

Daher gilt: **Verfahrensschritte und Stellungnahmen sind verpflichtend parallel abzuwickeln.**

Alle relevanten Fachbereiche sind gleichzeitig einzubinden. Eine serielle Weitergabe zwischen Fachstellen ist auszuschließen.

Die zentrale Verfahrensleitung stellt sicher, dass:

- alle Fachbereiche parallel arbeiten
- Stellungnahmen zeitgleich eingeholt werden
- keine Verfahrensschritte unnötig verzögert werden



Fachstellen in die Zeitlogik einbinden

In der Praxis entstehen Verzögerungen häufig nicht nur bei der verfahrensführenden Behörde selbst, sondern auch bei Stellungnahmen einzelner Fachstellen.

Wenn einzelne Fachbereiche nicht zeitgerecht liefern, verzögert sich das gesamte Verfahren.

Daher gilt: **Auch Fachstellen müssen innerhalb klarer Zeitfenster arbeiten und in die Verfahrenssteuerung eingebunden werden.**

Denn: **Ein Verfahren ist immer nur so schnell wie seine langsamste eingebundene Stelle.**

Deshalb braucht es auch für beteiligte Fachstellen klare Service-Level, insbesondere bei:

- Naturschutz
- Wasserrecht
- Raumplanung
- Gemeinden

Sachverständigenstruktur modernisieren

Ein wesentlicher Verzögerungsfaktor sind Engpässe oder Wartezeiten bei Amtssachverständigen. Deshalb sollen vorgelegte Gutachten von **gerichtlich beideten Sachverständigen** grundsätzlich anerkannt werden. Eine zusätzliche Prüfung durch Amtssachverständige soll nur bei begründeten Zweifeln erfolgen.

Zusätzlich braucht es:

- landesweite Kapazitätssteuerung
- bessere Vertretungslogik
- Vermeidung von Verzögerungen durch personelle Ausfälle

Digitales Verfahrenskonto

Unternehmen haben heute oft keinen Überblick über den Verfahrensstand. Daher braucht es ein digitales Verfahrenskonto mit transparenter Statusübersicht:

- aktueller Stand
- Zuständigkeiten
- offene Schritte
- laufende Fristen

Transparenz-Dashboard für Vorarlberg

Verfahrensdauer soll erstmals systematisch sichtbar werden:

- pro Bezirkshauptmannschaft
- pro Verfahrensphase
- aggregiert und vergleichbar

Nur messbare Verfahren werden besser.



4. Verfahren differenziert behandeln

Risikoklassen statt Einheitsverfahren

Heute werden einfache und komplexe Verfahren oft gleich behandelt. Das führt zu unnötigem Aufwand. Daher gilt: **Nicht jedes Verfahren braucht dieselbe Prüftiefe**. Ein Maschinenausch ist anders zu behandeln als ein komplexer Neubau.

Standard- und Bagatellkatalog ausbauen

Viele Vorhaben finden innerhalb bereits gewidmeter Betriebsflächen statt und weisen ein geringes Konfliktpotenzial auf.

Dennoch durchlaufen sie vollständige Genehmigungsverfahren.

Daher gilt: **Für klar definierte Standard- und Bagatellfälle innerhalb gewidmeter Betriebsflächen sollen verstärkt Anzeigeverfahren anstelle von Genehmigungsverfahren treten.**

Ziel ist es, insbesondere bei:

- technischen Anpassungen
- Maschinenausch
- Erweiterungen innerhalb bestehender Strukturen

Verfahren deutlich zu vereinfachen.

Vorzeitiger Maßnahmenbeginn (wo möglich)

Auch bei emissionsneutralen Maßnahmen innerhalb bestehender, bereits gewidmeter Flächen kommt es zu Verzögerungen. Deshalb soll bei emissionsneutralen Maßnahmen innerhalb bestehender, bereits gewidmeter Flächen ein vorzeitiger Beginn auf eigenes Risiko ermöglicht werden.

Perspektivisch: Zustimmungsfiktion bei Standardverfahren prüfen

Bei klar definierten, risikoarmen Standardvorhaben – insbesondere innerhalb gewidmeter Betriebsflächen – soll geprüft werden, ob Zustimmungsfiktionen angewendet werden können.

Das bedeutet: **Wenn innerhalb einer festgelegten Frist keine begründeten Einwendungen erfolgen, gilt die Genehmigung als erteilt.**

Voraussetzung ist eine klare Abgrenzung der betroffenen Vorhaben sowie die Sicherstellung aller relevanten Schutzinteressen.



Industriellenvereinigung Vorarlberg

IV-Haus der Zukunft | Deuringstraße 1 | 6900 Bregenz
E vorarlberg@iv.at | T +43 664 3824712 | vorarlberg.iv.at
April 2026